

"Kompetenzen gegen Brüssel verteidigen" in Europäische Zeitung

Legende: Artikel über den Ausschuss der Regionen: seine Zusammensetzung und seine Tätigkeit als beratendes Organ der EU-Institutionen.

Quelle: Europäische Zeitung. Hrsg. Entel, Stefan A.; Brok, Elmar; Prof. Schöndube, Claus; Dr Schoser, Claus ;
RHerausgeber Keller, Horst. März/April 2002, Nr. 3. Bonn: Europa Union Verlag GmbH.

Urheberrecht: (c) Europa Union Verlag GmbH

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"kompetenzen_gegen_brussel_verteidigen"_in_europaische_zeitung-de-249be049-3822-43d1-b69d-bc96d2fe64df.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Kompetenzen gegen Brüssel verteidigen

Einfluss des Ausschusses der Regionen verstärken

Von Egon C. Heinrich

In dem durch den Maastrichter Vertrag geschaffenen Ausschuss der Regionen (AdR) in der Europäischen Union sind Anfang Februar einige wichtige Personalentscheidungen gefallen. Der Vorsitzende des Stadtrats im britischen Birmingham, Sir Albert Bore, wurde zum neuen Präsidenten des Ausschusses für dessen dritte Mandatsperiode bis Januar 2004 gewählt. Er tritt die Nachfolge des belgischen Ministers Jos Chabert von der Europäischen Volkspartei (EVP) an. Der neue Präsident war seit 1998 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im AdR. Er hatte sich in einer Kampfabstimmung gegen den Kandidaten der EVP-Fraktion, den Präsidenten der Regionalregierung von Valencia, Eduardo Zaplana Hernandez-Soro, durchgesetzt. Zaplana wurde anschließend jedoch zum Ersten Vizepräsidenten des Ausschusses gewählt.

Nach seiner Wahl erklärte Sir Albert Bore vor den 222 Mandatsträgern aus den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der fünfzehn EU-Mitgliedsländer:

„Lokale und regionale Themen sind von entscheidender Bedeutung, wenn die wichtige Debatte über die Zukunft der Union die Bürger erreichen soll. Wir sollten den lokalen und regionalen Institutionen in Europafragen wirksam Gehör verschaffen und so eine ergänzende Rolle zum Europäischen Parlament spielen. Vor uns liegt eine große Aufgabe: Nach zwei Mandatsperioden und ungeachtet erfolgreicher Initiativen ist doch die Resonanz auf die Tätigkeit des Ausschusses im System der Union insgesamt nach wie vor gering. Das müssen wir besser machen: Wir müssen etwas bewegen.“

Nur beratendes Organ

Die großen EU-Länder entsenden in den Ausschuss 24 Mitglieder. Von deutscher Seite gehören dem Gremium unter anderem die Ministerpräsidenten von Bayern, Edmund Stoiber, von Baden-Württemberg, Erwin Teufel, des Saarlands, Peter Müller, von Schleswig-Holstein, Heide Simonis, und des Stadtstaats Hamburg, Ole von Beust, an. Auch der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing, der im Dezember vom EU-Gipfel in Brüssel zum Präsidenten des Konvents bestimmt worden war, ist Mitglied des Ausschusses in seiner Eigenschaft als Präsident des Generalrats der Auvergne.

Jedem der 222 Mitglieder des Ausschusses der Regionen ist ein stellvertretendes Mitglied zugeordnet. Dies bedeutet in der Praxis, dass die prominenten Mitglieder, wie etwa die Regierungschefs der Bundesländer, nur zu den wichtigsten Plenartagungen des Ausschusses nach Brüssel fahren, sich aber ansonsten vortreten lassen. Der Ausschuss der Regionen ist ein beratendes Organ der EU-Institutionen; er soll die spezifischen Anliegen und Gesichtspunkte der Gebietskörperschaften in die Entscheidungsfindung der EU einbringen. Der Ausschuss wurde vor allem auch deshalb geschaffen, um unter der Zielvorstellung „Ein Europa der Regionen“ die europäischen Regionen stärker in die Europapolitik einzubinden und auf diese Weise einen Beitrag zu mehr Bürgernähe der Europäischen Union zu leisten. Gerade hier gibt es aber noch große Defizite, wie der neue Präsident selbst eingestehen musste.

Auf seiner jüngsten Plenartagung hat der AdR auch seine sechs Mitglieder für den Konvent bestimmt. Der bayerische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Reinhold Bocklet, wurde einstimmig zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion gewählt. Die EVP-Fraktion im Ausschuss ist etwa so stark wie die Sozialdemokratische Fraktion. Bocklet gehört dem AdR schon seit dessen Gründung im Jahre 1994 an. In seiner neuen Funktion will er vor allem den Einfluss der Regionen und Kommunen auf die EU-Politik verstärken und deren Kompetenzen gegen „Eingriffe aus Brüssel“ verteidigen. Es gelte, die Subsidiarität als „genuin christlich-demokratisches Prinzip“ konsequent in der EU zu verwirklichen.